FDP im Römer

STADTVERORDNETE MÜSSEN AUFKLÄRUNG UNTERSTÜTZEN

27.11.2019

„Es ist höchste Zeit, dass die Stadtverordnetenversammlung zu einigen Punkten in der AWO-Affäre in Frankfurt Stellung bezieht. Sie soll damit ein deutliches politisches Zeichen gegen Unterdrückung, Intransparenz und für Gerechtigkeit und Aufklärung setzen“, fordert der sozialpolitische Sprecher der FDP-Römerfraktion, **Yanki Pürsün**. „Deshalb habe ich einen Dringlichkeitsantrag gestellt, in dem ich die Stadtverordnetenversammlung unter anderem auffordere, die inakzeptablen und intransparenten Strukturen der AWO Frankfurt und den autoritären Umgang der Geschäftsführung mit den Mitarbeitern scharf zu kritisieren. Außerdem soll die Stadtverordnetenversammlung den Druck, der weiterhin in der AWO Frankfurt ausgeübt wird, gegen die, die die problematischen Strukturen in der AWO Frankfurt ablehnen und sich dagegen auflehnen, missbilligen. Es ist wichtig, dass sich die Stadtverordneten bei den mutigen Whistleblowern, die die problematischen Strukturen in der AWO Frankfurt zu Tage gefördert haben, bedanken und sie unterstützen“, betont Yanki Pürsün. Die Freien Demokraten fordern den Magistrat in ihrem Dringlichkeitsantrag ebenfalls dazu auf, bis zum Abschluss des Ermittlungsverfahrens bei den laufenden Vertragsbeziehungen größte Sorgfalt bei der Einhaltung der vertraglichen Pflichten der AWO walten zu lassen und keine neuen Vertragsabschlüsse einzugehen.

Abgerufen am 05.12.2025 unter https://fdp-fraktion-frankfurt.de/?p=1913